

Riesner & Co. Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adressen
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Postfach Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 247.

Montag, 23. October 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Striebs, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Rayen-Annahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Renger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasernenstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Die Fortbildungsschule zu Gröba

beginnt

Dienstag, den 24. October 1893,
Abends 6 Uhr

für sämtliche Schüler.

P. Werner.

Die Herstellung der neuen Grabenanlagen in Länge von ca. 440 Meter 2,5 Meter breit, 200 Meter (1,0 Meter breit), 440 Meter (0,5 Meter breit), 90 Meter

(3,0 Meter breit), sowie die Räumung und Hebung von ca. 600 Ird. Meter alter Gräben soll an den Mindestfordernden, vorbehaltlich der Auswahl unter den Bewerbern, vergeben werden.

Bewerber wollen ihre Offerten bis 28. d. d. Mon. an den Unterzeichneten, der zu jeder Auskautsertheilung bereit ist, abgeben.
Seerhausen.

Gumpich, Gemeindeverstand.

Tagesgeschichte.

Endlich hat Graf Taaffe seine große „Versöhnung“ zu Stande gebracht: alle Parteien und Nationalitäten Oesterreichs sind einig... in der Verwerfung der von Taaffe geplanten Wahlreform. Der Club der Winken, der Polenclub und der Club der Conservativen, der sogenannte Hohenwart-Club, haben einstimmig unter scharfer Missbilligung des Vorgehens der Regierung, die vor einer derartigen Vorlage nicht vorher mit den Führern zumindest der Majorität sich ins Einvernehmen setzte, beschlossen, dieselbe zu verwerfen. — Es erregt nicht geringes Aufsehen, daß auch der so gefügige und zu allen Zeiten in die Breiche tretende mächtige Polenclub nachfolgenden Beschlusses sagte: „Ohne sich grundsätzlich dem Gedanken einer Erweiterung des Wahlrechts auf dem autonomen Anknüpfungen des Clubs entsprechenden Wege zu verschließen, erklärt der Polenclub, daß er mit Rücksicht auf die Staats- und politischen Verhältnisse, sowie auf die autonomen Grundzüge mit dem Inhalte der Regierungsvorlage, betr. die Wahlreform, nicht einverstanden sei, und beauftragt seinen Obmann, diesen Standpunkt bei der ersten Lesung im Hause zu vertreten. — Graf Taaffe hat sich gründlich geirrt. Er hatte gehofft, wenn er der vielverbreiteten Forderung nach Erweiterung des Wahlrechts einen Brocken hinwerfen würde, werde das vom Volke jubelnd angenommen und die Parteien würden den Muth nicht finden, die Vorlage zuweisen. Besonders aber war es ihm darum zu thun, der deutsch-liberalen Partei einen Strich zu drehen. Denn daß eine Reform, die die Zahl der Wähler so stark vermehrt, insbesondere der Socialdemokratie, nebenher aber auch den Antisemiten und sogenannten Deutsch-Nationalen zu gute kommen würde, mußte jedem klar sein. Die Parteijeritterung wäre dadurch noch viel ärger geworden, das Regieren aber leichter. — Die Regierung befindet sich in einer ersten Verlegenheit, in der schwierigsten Lage seit dem Tage, da das Cabinet Taaffe geboren wurde. Nicht allein die gesammte öffentliche Meinung — die Socialdemokraten ausgenommen — sondern auch die Leiter der auswärtigen Angelegenheiten sowie des Kriegsministeriums stimmen mit den Absichten der Regierung nicht überein. — Man besorgt in diesen Kreisen, daß durch die Enthronung der Deutschen und des liberalen Bürgerthums die künftige Zusammenlegung des Abgeordnetenhauses eine derartige sein werde, daß in die Delegationen eine slavisch-meritale, also dem deutsch-italienischen Bündnisse feindselige Majorität werde gewählt werden. Eine Schädigung der äußeren Politik, die am Ballplatz so vorsichtig und gewandt geleitet wird, durch die inneren Angelegenheiten, das würde gerade noch fehlen! — In den Augen der liberalen Partei kann ein Staat wie Italien nicht bündnisfähig sein. Die „römische Frage“ macht dies unmöglich. Andererseits ist für die Politik der Regierung nicht die Neigung des Herzens, sondern die Nothwendigkeit die Richtschnur. Das mittel-europäische Friedensbündnis würde durch den Austritt Italiens nicht unwesentlich geschwächt und zwar um so mehr, als das Interesse Englands im Mittelmeere sich dem Italiens eng anschließt und Rußlands und Frankreichs entgegengesetzt ist. — Graf Taaffes Politik ist dahin gerichtet, die mächtige Anziehungskraft, die das Deutsche Reich auf die Deutsch-Oesterreicher ausübt, dadurch zu schwächen, daß er das Deutschtum in Oesterreich selber schwächt; das konnte natürlich nur zu Gunsten eines andern Volkstammes und zwar der Tschechen geschehen. Jetzt ist man dahin gelangt, daß die großgeköpften Tschechen selbst gefährlich werden. Sie liebäugeln mit Frankreich und Rußland, wels' letzterem sie sich als Slaven naheföhlen und verlangen möglichst Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Die Oesterreichische Militärverwaltung erkennt keineswegs die Gefahr einer Tschechisirung der Armee und deshalb findet Graf Taaffe dort keinen Rückhalt mehr. Er hat seine

politische Steuersicherheit verloren, nachdem er das Staatschiff gewissermaßen ins Packeis geführt hat. — Infolge der Unsicherheit der Lage sind die Krisengerüchte erklärt. Taaffe sucht einen Vorwand, um das Abgeordnetenhaus aufzulösen. Tiefer ist ihm eigentlich schon durch die Verwerfung der Wahlreform gegeben, aber mit einer solchen Wahlparole würde er schlechte Geschäfte machen. Er hofft nun, daß das Haus es ablehnen werde, den über Prag verhängten „kleinen Belagerungszustand“ zu verlängern. Das schreit ihm eher ein passender Vorwand zur Auflösung zu sein. Es ist aber noch keineswegs ausgeschlossen, daß der Graf selber zu Falle kommt und das würde zweifellos geschehen, wenn das neue Abgeordnetenhaus nicht eine Zusammenlegung zeigen sollte, mit der es ihm möglich wäre, in seiner Weise weiter-zuregieren.

Deutsches Reich. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Troy sehr bestimmter Dementis taucht die Behauptung ungewöhnlich großer Marineforderungen immer von Neuem in der Presse auf. Wir glauben dem gegenüber auf Grund zuverlässiger Nachrichten versichern zu dürfen, daß Se. Majestät der Kaiser aus eigener Entschliesung im Hinblick auf die Lage der Reichsfinanzen den nächsten Marine-Etat in dem von uns bereits berichteten Umfange beschränkt hat. Auch die Befürchtung der Uebernahme besonders hoher Verpflichtungen für die Zukunft ist unbegründet.“

Wie verschiedentlich mitgeteilt wird, soll, veranlaßt durch den Fall Paris-Kirchhoff, dem Reichstage eine Vorlage zugehen, betreffend Schutz der privaten Verhältnisse gegen böswillige Erörterungen durch die Presse. Ein Blatt erzählt als zuverlässig, daß der Kaiser die unverzügliche Ausarbeitung einer Novelle über diesen Gegenstand angeordnet habe, doch stehe es noch nicht fest, ob es eine Novelle zum Preßgesetz oder zum Strafgesetzbuch werde. Die Vorlage wird im preussischen Justizministerium ausgearbeitet.

Aus Friedrichsruh, 20. October wird der „T. R.“ geschrieben: Die in verschiedenen deutschen Blättern gleichzeitig auftauchende Nachricht, daß der Fürst Bismarck beabsichtige in Kurzem von Friedrichsruh nach Berlin überzufriedeln, kann sich aufs Zuverlässigste nach persönlicher Erkundigung im Friedrichsruher Schlosse als durchaus unrichtig bezeichnen. Der Fürst denkt so wenig daran, den durch seine Nähe bei Hamburg und seine Lage an der Berliner Bahn als Winteraufenthalt vortreflich geeigneten Waldort Friedrichsruh vor Beginn des nächsten Frühjahrs oder Sommers zu verlassen, wie Professor Schwemmer eine längere Reise dem kaum Genesenen in absehbarer Zeit gehalten würde. Der Fürst macht zwar auf seinen Spaziergängen im Schloßpark den Eindruck eines durchaus gesunden Mannes, und Schlaf wie Schlaf lassen nicht mehr viel zu wünschen übrig, gleichwohl bedarf Fürst Bismarck dennoch längere Zeit dringend der äußersten Schonung und Ruhe; denn wenn die letzte schwere Krankheit auch jetzt völlig überstanden ist, so hat sie den Körper des greisen Kanzlers doch so heftig erschüttert, daß die letzten Folgen nur durch anhaltende Sorgfalt und vor-sichtigste Lebensweise in monatelanger Zeit zu beseitigen sein werden. Die Fürstin Bismarck wird heute von ihrem mehrtägigen Ausflug nach Schönhausen in Friedrichsruh zurück-erwartet. In Schönhausen, dem Wohnort des Grafen Herberich und Frau, wird bekanntlich ein freudiges Familienereigniß erwartet.

Die socialdemokratische Landagitation wird auf dem bevorstehenden Rülner Parteitage die „Genossen“ besonders lebhaft beschäftigen. Der „Bericht des Parteivorstandes“ verhält sich diesmal bezüglich des „Siegeszuges auf die Dörfer“ ziemlich kleinlaut. Er behauptet zwar, die Socialdemokratie habe trotz vieler Schwierigkeiten namentlich in Süddeutschland bei den Landbewohnern „gewaltige“ Fortschritte gemacht; allein mit diesem Fortschritte sieht es Dank der Wachsamkeit der Landleute noch ziemlich windig aus.

Der vorjährige Parteibericht sprach sich denn auch bei Weitem siegesbewußter über die Erfolge der Landagitation aus als der diesjährige. Im vergangenen Jahre prählte der „Bericht“ wie folgt: „Und als ein unserer Partei zu den schönsten Hoffnungen berechtigendes Zeichen dürfen wir es auffassen, daß in ganz Deutschland im entferntesten Osten wie im Umkreise der Industriestädte seitens des ländlichen Proletariats unsere Genossen überall auf das Herzlichste begrüßt und unsere Blätter und Schriften mit einem förmlichen Heißhunger verlangt und entgegengenommen werden. Die Großbauern und Gutsbesitzer freilich und als treue Wähler neben ihnen die „himmlische Gendarmrie“ in Gestalt der geschickten und tonfurirten Geistlichkeit suchen oft mit dem Appell an die brutalsten Instanzen diese Agitation unserer Genossen zu verbieten; ihre Bemühungen werden indess die Verbrüderung des ländlichen Proletariats mit den Industrieproletariats so wenig verhindern, wie die offenen Auf-forderungen der ultramontanen und konservativen Presse, die „Verführer“ mit Hund und den Hosen zu fegen.“ Wie der diesjährige „Bericht“ zeigt, sind auch die vorstehend prophezeiten, „schönsten Hoffnungen“ zu schanden geworden. Die Socialdemokratie ist hinsichtlich der Landagitation gegen-über der Wachsamkeit und Energie der Landbewohner einfach rathlos. Möge diese Wachsamkeit und Energie angesichts der fortwährenden Anstrengungen der Socialdemokratie, das optime Land gleichwohl zu revolutioniren, niemals erlahmen!

Der „Reichsanzeiger“ gedenkt des Festes in Dresden in einem langen Jubelungsartikel, dem wir folgende Sätze entnehmen: „Ebenso wie das jähliche Volk nehmen Seine Majestät der Kaiser und König, die Fürsten und die Staaten des deutschen Reichs herzlichen Antheil an dem Ehrentage des königlichen Jubilars, dessen hohe Verdienste um die Wiederherstellung des Reichs im Herzen des Volks wie in den Annalen der Geschichte einen ruhmvollen Platz einnehmen.“ Nach einem eingehenden Rückblick auf die glänzende militärische Laufbahn König Alberts heißt es zum Schlusse: „Gefühle des Dankes sind es, von denen Se. Majestät der Kaiser und König und mit Allerhöchstdemselben das ganze deutsche Volk an dem Jubeltage des Königs von Sachsen befeelt sind, und mit diesen Gefühlen vereinigt sich der Segenswunsch, daß es Se. Majestät noch lange vergönnt sein möge, mit kräftiger Hand die Fäden der Regierung über sein Land zu führen, dem ganzen deutschen Heere ein Vorbild militärischer Tugend und Tapferkeit zu sein und als treuer Bundesgenosse mitzuwirken an der inneren Festigung und geistlichen Entwicklung des deutschen Vaterlandes.“

Amerika. Das „N. B.“ läßt sich aus Washington melden, man habe guten Grund zu glauben, daß vor der Mitte der nächsten Woche die Abschaffung der Sherman-Bill angenommen werde. Das Gesetz würde den Sekretär des Staatsschatzes ermächtigen, Obligationen bis zum Gesamtbetrage von 200 Millionen Dollars auszugeben und das gegenwärtig im Staatsschatze befindliche Münzmetall auszu-prägen. Das dergestalt abgeänderte Gesetz würde die Zustimmung des Präsidenten Cleveland finden.

Deutsches und Sächsisches.

Riesa, 23. October 1893.

— Herrn Hauptmann und Batterie-Chef Dilgendorff ist aus Anlaß des Militärdienstjubiläums von Se. Majestät des Königs das Ritterkreuz 1. Klasse des Albrechts-Ordens verliehen worden. — Ferner erhielten der Vorstand des sächsischen Militärvereinsbundes, Herr Beleuchtungsinspector a. D. Tanner zu Dresden das Ritterkreuz 2. Klasse von Verdienstorden, und das Allgemeine Ehrenzeichen außer dem: in voriger Nummer bereits genannten Herrn Stadtrampete, Gehrmann und Wachtmeister Wolf u. A. Herr Stabs-